

II-776 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 464 N

A n f r a g e

1987-05-21

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Schwimmer
und Genossen
an die Bundesregierung
betreffend Beschäftigung behinderter Arbeitnehmer im
öffentlichen Dienst

In einer Zeit zunehmender Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wird es insbesondere für Behinderte schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden.

Derzeit sind 25.000 Behinderte auf der Suche nach einer Beschäftigung.

Das Invalideneinstellungsgesetz erlegt privaten Dienstgebern, aber auch dem Bund, den Ländern und Gemeinden die Verpflichtung auf, in einem bestimmten Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten Behinderte einzustellen.

Dieser Verpflichtung kommen derzeit weder alle privaten Dienstgeber, noch die Gebietskörperschaften in vollem Umfang nach. Angesichts der sich verschärfenden Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat die öffentliche Hand eine besondere Verantwortung, hinsichtlich der Beschäftigung behinderter Arbeitnehmer mit gutem Beispiel voranzugehen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung folgende

-2-

A n f r a g e :

1. In welchem Ausmaß kommt der Bund seiner Pflicht, Behinderte einzustellen, nach?
2. Wie wird dafür Sorge getragen, daß der Bund als Dienstgeber künftig verstärkt Behinderte einstellen wird?
3. Wieviele Planstellen für besonders schwer vermittelbare Behinderte stellt der Bund zu Verfügung?
4. Wurde die Zahl dieser Planstellen in den letzten Jahren erhöht?